

Eine andere Politik ist möglich!

Antrag an den Kreisparteitag der Partei DIE LINKE. Stendal am 13. April 2012

Das politische Jahr 2012 ist aus rein wahlstrategischer Sicht eingebettet zwischen der Landtagswahl im letzten und der Bundestagswahl im Jahr 2013.

Die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Monaten immer mehr verschärft. Aus der Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 wurden nicht die Schlussfolgerungen gezogen und die notwendigen Regulierungen des Finanzmarktes stehen noch aus. Der Euro befindet sich in seiner bisher größten Krise. Mit immer größeren „Rettungsschirmen“ versucht die Politik die gemeinsame Währung wieder zu stabilisieren, ohne dass die Verursacher der Krise, die Großbanken und internationalen Spekulanten, im gebotenen Umfang zu deren Bekämpfung herangezogen werden. Die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel ist mit ihrer strikten Sparpolitik maßgeblich dafür verantwortlich, dass die ArbeitnehmerInnen, die Erwerbslosen und die Rentnerinnen und Rentner einen Großteil der Lasten zu tragen haben werden. Und das nicht nur in anderen europäischen Ländern, sondern auch in Deutschland. Die im Jahre 2009 in die Verfassung aufgenommene Schuldenbremse führt zu einer weiteren Zuspitzung der Krisensituation und schränkt die Gestaltungsspielräume sowohl auf bundes- als auch landespolitischer Ebene immer stärker ein.

Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Kommunalpolitik. Die kommunale Finanzausstattung, die wesentlich ist für die Gestaltungsspielräume in Gemeinde, Stadt und Landkreis, ist in den zurückliegenden Jahren immer prekärer geworden, weil die Zuweisungen gekürzt wurden und die eigenen Einnahmemöglichkeiten zu stark von der Konjunktur abhängig sind.

Die im Landkreis Stendal vorhandenen Potentiale sind in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft worden. Ursächlich dafür war neben den genannten Rahmenbedingungen vor allem der fehlende Gestaltungswillen der Mehrheit des Kreistages. Der Landkreis Stendal hat nach wie vor eine der höchsten Erwerbslosenquoten in Sachsen-Anhalt, die Kinderarmut im Landkreis ist überdurchschnittlich ausgeprägt und hat bundesweit eine der höchsten Quoten und die Zunahme an Seniorinnen und Senioren, die in Armut leben müssen, ist an der wachsenden Summe an gezahlter Grundsicherung ablesbar. Dies sind nur drei Indikatoren, welche die vorgenannte These belegen.

DIE LINKE. Kreisverband Stendal hat den Landkreis Stendal mit seinen Städten und Gemeinden nicht aufgegeben und tritt deshalb für ein konsequentes Umsteuern ein.

Basierend auf den Beschlüssen zu den Kommunalwahlen im Jahre 2009 wird DIE LINKE.Kreisverband Stendal die Monate bis zur Landratswahl im November 2012 nutzen, um auf ihre Alternativangebote aufmerksam zu machen. DIE LINKE.Kreisverband Stendal wird mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Vereinen vor Ort, den Verbänden und Initiativen den Austausch über unsere Politikangebote suchen. Dies geschieht in der festen Überzeugung, dass im Landkreis Stendal eine bessere, den Menschen zugewandte Politik möglich ist. Wir werden den Menschen auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 deutlich machen, dass DIE LINKE die Partei der sozialen Gerechtigkeit, des

sozialökologischen Umbaus, letztlich die Partei der Bürgerrechte sowie die konsequente Friedenspartei ist.

1. Für ein solidarisches Miteinander und soziale Gerechtigkeit in unserem Landkreis

DIE LINKE steht für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die allen Bürgerinnen und Bürgern eine selbstbestimmte und chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Deshalb muss jede Entscheidung auf kommunaler Ebene der Prüfung nach der sozialen Auswirkung Stand halten. Es ist stets zu fragen, ob und inwiefern Chancengleichheit für sozial Schwache weiter verbessert und gesichert werden kann.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Einführung eines kreisweiten Sozialpasses, der Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben im Landkreis ermöglicht
- die Einführung eines Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen zur ermäßigten Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs
- den Ausbau eines bedarfsgerechten Netzes an generationsübergreifenden Angeboten im Betreuungs-, Freizeit- und Weiterbildungsbereich
- einen Jobcenter-Beirat, der die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft transparent macht, kritisch begleitet und Betroffene einbezieht.
- die regelmäßige Anpassung der Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Betroffene an die tatsächliche Entwicklung der Heiz- und Betriebskosten
- die Berücksichtigung des örtlichen Mietpreisniveaus und des tatsächlichen Mietwohnangebotes in der Region als Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit des Wohnraums für Hartz IV-Betroffene
- die Beibehaltung der derzeitigen hauptamtlichen Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten im Landkreis
- ein bedarfsgerechtes Netz an Verbraucher-, Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen

2. Wirtschaftskraft des Landkreises nachhaltig stärken

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass Privatisierung, Deregulierung und der Rückzug des Staates zu unbeherrschbaren Risiken führen. DIE LINKE fordert deshalb jetzt konsequent umzusteuern, damit die Politik wieder das Primat bekommt und der Staat steuernd wirken kann. Die Zeit ist reif für einen tiefgreifenden sozialökologischen Umbau, insbesondere in der Energie-, Land- und Gesundheitswirtschaft. Für die Altmark bietet dieser Umbau, neue Entwicklungsperspektiven, vor allem für die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Ausbau der Altmark zum Standort für nachhaltige Energiepolitik, der den Schwerpunkt auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz sowie Kraft-Wärme-Kopplung legt
- den Aufbau effektiver, effizienter Strukturen im Bereich der kommunalen Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Fachhochschule Magdeburg-Stendal als Innovationszentrum und des BIC

- eine Schwerpunktorientierung und Spezialisierung der Region auf Schlüsselbereiche wie Energie-, Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Zulieferindustrie für den Fahrzeugbau
- die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft ohne Benachteiligung einzelner Unternehmensformen
- Unterstützung des Engagements für ein agrotechnikfreien Landkreis
- einen schonenden Umgang mit Flächen- und Ressourcen bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten
- den Erhalt der Sparkasse in öffentlicher Hand, ein Mehr an Transparenz und die Verhinderung spekulativer Geschäfte, Versorgungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger und klein- und mittelständische Unternehmen der Region
- eine Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die regionalen, sozialen und ökologischen Kriterien entspricht
- eine soziale und ökologische Ausrichtung sowie öffentliche Kontrolle der Unternehmen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen und an denen die Kommune Beteiligungen hat
- eine Ausschöpfung aller Arbeitsförderinstrumente und den Möglichkeiten über die kreiseigenen Beschäftigungsgesellschaft, um Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive zu eröffnen
- eine hohe Ausbildungsquote in Verwaltung, öffentlichen und privaten Unternehmen sowie eine mindestens einjährige Übernahmegarantie von erfolgreichen Absolventen der Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung zur Sicherung der Fachkräfte für die Region
- die Unterstützung Havelbergs als Ausrichterkommune der Bundesgartenschau 2015 bei touristisch und wirtschaftlich nachhaltigen Vorhaben und Projekten
- eine Koordinierung und Beratung durch den Landkreis, um eine flächendeckende, den technischen Anforderungen gerecht werdende und Zukunft sichere Breitbandversorgung im Landkreis zu realisieren

3. Grundversorgung sichern – Öffentliche Dienstleistungen verbessern

Geburtenrückgang und Abwanderung stellen für den ländlich geprägten Landkreis Stendal eine besondere Herausforderung dar. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen kämpft DIE LINKE konsequent für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Kreises, für den Erhalt unserer Städte und Dörfer als lebenswerte Orte. Im Mittelpunkt steht für uns dabei die Zukunft öffentlicher Dienstleistungen, deren Art und Weise der Erbringung sich an den Lebensbedürfnissen der Menschen zu orientieren hat.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Entwicklung kommunaler und regionaler Leitbilder durch Beteiligung aller Akteure in Städten und Gemeinden sowie im Landkreis
- den Erhalt des vorhandenen Netzes in der Gesundheitsgrundversorgung; eine bedarfsgerechte Anzahl an Gesundheitseinrichtungen und die wohnortnahe Hausarztversorgung sowie die Einführung der mobilen Praxishelferin im Landkreis Stendal
- einen öffentlichen Nahverkehr, der sich in Takt und Ausstattung nicht lediglich am Schülerverkehr orientiert, sondern insbesondere für den ländlichen Raum den Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen sichert. Dazu zählen auch alternative Verkehrsmittel - Sammeltaxen und Rufbusse -, die soziale Staffelung von Tarifen und ein barrierefreier Nahverkehr

- die Beachtung der Belange älterer Menschen und Menschen mit Handicaps beim Stadtumbau sowie bei der Gestaltung von Verkehrswegen und öffentlichen Einrichtungen
- Bürgerentscheide über geplante Rechtsformänderungen von Einrichtungen und Unternehmen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen

4. Gleiche Bildungschancen für alle

DIE LINKE kämpft für ein gerechtes Bildungssystem, welches allen Kindern und Jugendlichen, Auszubildenden sowie Studierenden gleiche Chancen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern eröffnet. Bildung ist der Schlüssel für die persönliche Entwicklung, ermöglicht die Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern und hilft so, Armutsrisiken zu minimieren. DIE LINKE wirbt für eine Gemeinschaftsschule, die den Kindern die besten Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung des Konzeptes einer Schule für alle kommt den Kommunen zu.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt aller Schulen im Landkreis von der Grund- bis zur Berufsschule durch die flexible Gestaltung der Schuleinzugsbereiche
- die Beteiligung aller Akteure des Landkreises - SchülerInnen, Eltern, Lehrer/innen, Unternehmen, Beschäftigte der Verwaltung und PolitikerInnen - an der Entscheidungsfindung zur Entwicklung eines wohnortnahen Schulnetzes
- vorrangige Sanierung von Bildungseinrichtungen
- ein stärkeres Engagement des Landkreises zum Ausbau der Schulsozialarbeit
- die Stärkung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe
- die Öffnung der Schulen für vielfältige kulturelle und sportliche Angebote sowie als Begegnungsstätte für örtliche Vereine und Initiativen
- die Weiterentwicklung des Ausbildungsnetzwerkes im Landkreis unter Einbeziehung vieler Akteure, damit vielen Schulabgängern ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann
- die weitere Etablierung des Standortes Stendal der Fachhochschule Magdeburg - Stendal als Kompetenzzentrum für Erziehungswissenschaften

5. Kindern und Jugendlichen eine Zukunft geben

Kinder und Jugendliche sind die Gestalter von morgen. Sie sichern die Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen und von Städten und Gemeinden. Deshalb ist es besonders im Heute wichtig, ein gesellschaftliches Klima sowie die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Jüngsten optimale Entfaltungsmöglichkeiten bereitet. Ein kinder- und familienfreundliches Umfeld kann Heranwachsenden eine Perspektive in der Region bieten.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine bedarfs- und altersgerechte, integrierte und wohnortnahe Infrastruktur an Kinder- und Jugendeinrichtungen
- den Ausbau bzw. Verstetigung der mobilen Jugendarbeit insbesondere für den ländlichen Raum sowie eine Zielgruppen orientierte Streetworker-Struktur

- eine personelle Kontinuität und die erforderlichen Qualifizierung in Kinder- und Jugendeinrichtungen, die sich der Möglichkeiten der Arbeitsförderung bedient
- den Erhalt der Trägervielfalt im Bereich der Jugendhilfe und die Wahrnehmung einer Schnittstellenfunktion durch den Landkreis
- die Entwicklung und Förderung unterschiedlicher Beteiligungsformen und -verfahren für Kinder und Jugendliche damit ihre Interessen bei kommunalen Entscheidungen berücksichtigt werden
- einen höheren Stellenwert von jugendtypischen Kunst- und Kulturformen und den Erhalt der Kinder- und Jugendsparte am Theater der Altmark

6. Kultur und Sport fördern

Die Vielfalt der Angebote in Kunst, Kultur und Sport sind Indikatoren für Lebensqualität in einer Region. Sie prägen die Städte und Gemeinden und befördern das soziale Miteinander der Einwohnerinnen und Einwohner in den Orten.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt des Theaters der Altmark als Landestheater im Norden Sachsen-Anhalts und somit als kulturelles Zentrum in und für die Region
- die weitere Vernetzung und touristische Vermarktung der Angebote der Museen, Musik- und Volkshochschulen im Kreis
- ein Tourismuskonzept „Kulturlandschaft Altmark“, das die Besonderheiten im Landkreis wie etwa Hansegeschichte, romanische und Backsteinbaukunst oder der Landwirtschaft als prägender Wirtschaftszweig noch stärker berücksichtigt
- den Erhalt der bestehenden Bibliotheken und des mobilen Bücherangebotes im Landkreis
- die Unterstützung der Osterburger Literaturtage als traditionelle Kulturwoche
- die Fortschreibung der Sportförderung insbesondere für den Kinder- und Jugendbereich auf dem heutigen Niveau
- die Sanierung und den barrierefreien Ausbau vorhandener Sportanlagen
- die kostenlose Überlassung kommunaler Sportanlagen an ortsansässige Vereine einschließlich der Betriebskosten

7. Stadt und Landkreis als Bürgerkommune gestalten

Der Rückgang der Wahlbeteiligung, insbesondere an Kommunalwahlen, aber auch der aktuelle Erfolg alternativer Politikangebote zeigt, dass Bürgerinnen und Bürger unzufrieden sind mit der Art und Weise wie Politik gemacht wird, wie Entscheidungen getroffen und dass Bürgerinnen und Bürger vollkommen unzureichend in Entscheidungen einbezogen werden. DIE LINKE will dem entgegenwirken, Bürgerinnen und Bürger in alle kommunale Entscheidungen einbeziehen bzw. auch selbst entscheiden lassen. Nur durch Transparenz aller Entscheidungsprozesse und konsequente Bürgerbeteiligung lässt sich Misstrauen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung und der Kommunalpolitik abbauen. Unser Leitbild einer Bürgerkommune orientiert auf die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine Aufnahme größtmöglicher Beteiligungs- und Entscheidungsrechte für Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenvertretungen in die Hauptsatzungen des Kreistages und der kreisangehörigen Gemeinden
- ein Ortschaftsrecht auf kommunaler Ebene, welches den Räten die Mitsprache für ihre Ortsteile innerhalb der Einheitsgemeinde sichert
- die regelmäßige Durchführung von Einwohnerversammlungen und Anhörungen
- die Durchführung von Bürgerentscheiden in allen Fragen, die wesentlich sind für die Gemeinde oder den Landkreis
- ein bürgerfreundliches und barrierefreies Internet als Dienstleistungs- und Informationsportal für Bürgerinnen und Bürger
- eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung und Verwaltungsstrukturen, mobile Bürgerämter im ländlichen Raum
- eine für alle Bürgerinnen und Bürger einfache und verständliche Verwaltungssprache; daraufhin sind alle Satzungen, Formulare und Bescheide zu überprüfen

8. Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken

Kommunen brauchen dauerhafte und verlässliche Einnahmen. DIE LINKE fordert eine angemessene und an den Aufgaben orientierte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Mittel- und langfristig kämpft DIE LINKE für eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Kurzfristig setzen wir uns dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung nicht durch Kürzung von Landes- und Bundeszuweisungen weiter ausgehöhlt wird. Ein neues Finanzausgleichsgesetz im Land Sachsen-Anhalt muss die für Fläche in der Altmark erforderlichen Mehraufwendungen im notwendigen Umfang berücksichtigen.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Aufstellung, Umsetzung und Kontrolle der Umsetzung der Gemeindehaushalte und des Kreishaushaltes; Bürgerinnen und Bürger sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Prioritäten in der Haushaltspolitik zu formulieren („Bürgerhaushalt“)
- mehr Transparenz beim Umgang mit Steuergeldern in der Kommune
- eine Kreisumlage, die den Gemeinden Gestaltungsspielraum lässt
- eine ständige Überprüfung der Art und Weise und der Zielstellung der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben; Kriterium hierfür sind die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger
- eine Haushaltskonsolidierung, die den sorgsam Umgang mit öffentlichen Steuergeldern als Ziel hat, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgt und die nicht zu Kahlschlägen im Netz der Daseinsvorsorge führt

9. Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft - für einen weltoffenen und fremdenfreundlichen Landkreis

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung aller zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für eine weltoffene, menschenwürdige und demokratische Gesellschaft engagieren, ein und

unterstützt maßgeblich alle Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus. Der Landkreis Stendal darf auch künftig keine Plattform für rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen sein, bereits existierenden ist entschlossen entgegenzutreten. Nationalistische Parolen, völkische Programmatik und intolerante, antidemokratische Denkmuster sind absolut nicht geeignet, um die kommunalen Herausforderungen zu bewältigen und das solidarische Zusammenleben zu befördern.

DIE LINKE tritt ein für:

- eine offensive Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien, Gruppierungen und Tendenzen
- Unterstützung und Vernetzung aller auf Integration ausgerichteten Vereine, der Sportvereine, die hier eine wichtige Funktion inne haben, und Initiativen sowie lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt
- ein stärkeres Engagement des Landkreises als Koordinator der vorgenannten Prozesse.
- die Förderung von Bildungs- und Kulturveranstaltungen zur Wissensvermittlung anderer Kulturen, Länder und Lebensweisen
- Programme zur Vermittlung von gewaltfreier Konfliktbewältigung an Schulen und in Jugendeinrichtungen